

Räumt die Barrieren fort!

Aktivierung der Wiedervereinigungspolitik — Gesamtdeutsche Komitees sind überflüssig

Bonn (Eigenmeldung). Im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen wird zur Zeit mit den Bundestagsfraktionen, Gewerkschaften und Wirtschaftsverbänden über die Gründung einer „Gesamtdeutschen Bewegung“ verhandelt. Sie soll die Wiedervereinigungspolitik im ganzen deutschen Volk aktivieren. In Bonner politischen Kreisen wird darauf hingewiesen, daß damit eine Ankündigung des Bundesministers Jakob Kaiser der Verwirklichung näherrückt.

Kaiser hatte am 27. Februar erklärt, nach der Berliner Konferenz sei die Zeit für eine „echte Volksbewegung“ gekommen, deren Aufgabe es sein müsse, die Wiedervereinigung zum „Willenszentrum des deutschen Volkes“ zu machen.

Wie von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, soll die „Gesamtdeutsche Bewegung“ keine Propaganda-Organisation werden, sondern die Solidarität aller Deutschen stärken. Freiwillige Spenden sollen die Mittel aufbringen.

Die sozialdemokratische Opposition hat in ihrem Pressedienst die „Gesamtdeutsche Bewegung“ begrüßt. Diese könne durchaus zu einer praktischen Aktion für die Verwirklichung der deutschen Einheit werden. Es gelte, das ganze Volk für die Mitarbeit zu gewinnen.

Im übrigen berät man in Bonn neue Wege einer Verstärkung der Hilfe für die Bevölkerung der Sowjetzone.

In einer Rundfunksprache hat Jakob Kaiser zu seinem Vorschlag, eine „gesamtdeutsche Aktion“ zu schaffen, erklärt, er habe damit nur als Dolmetsch für viele gesprochen, die den Willen zur Wiedervereinigung in den Brennpunkt deutscher und europäischer Politik rücken wollen. Das sei ein freiwilliges Zusammenwirken ohne neue Organisationsbürokratie.

Wörtlich erklärte der Minister: „Die Absicht, der Bevölkerung in der Zone zu helfen und den

Willen zur Wiedervereinigung zu einer zwingenden Kraft zu machen, ist gleichbedeutend mit dem Willen, einen freien Staat für alle Deutschen zu erreichen. Der Bevölkerung in der Sowjetzone und der Sache der Wiedervereinigung wäre niemals durch Paktieren mit Pankow gedient.

Es gibt keine gemeinsame Politik, keine gesamtdeutschen Komitees mit den „Helden der Arbeit“ von Pankow. Sie sind auch gar nicht nötig. Nötig ist der Wille, die Barrieren zwischen den 18 und den 50 Millionen abzubauen. Die Sperrzone mit ihren Drahtverhauen und Wachtürmen wurde ja nicht westlich, sondern östlich der Zonengrenze gezogen. Diese —

wie alle Willkürmaßnahmen — hat Pankow ohne gesamtdeutsche Komitees fertiggebracht.

Genau so wenig bedarf es gesamtdeutscher Komitees, um solche Barrieren wieder fortzuräumen. Was darüber hinaus an technischen Einzelheiten zur Erleichterung der Kontakte zwischen den einzelnen Teilen Deutschlands zu klären ist, läßt sich von Fall zu Fall regeln. Das beweisen Interzonenhandel und Interzonenverkehr. Auf unserer Seite ist die Bereitschaft dazu vorhanden.“

Zuvor hatte Jakob Kaiser betont, wer jetzt in der mitteldeutschen Heimat bleibt, trage zur Rettung dieses Gebietes und damit zur Erhaltung von Deutschland als Ganzem bei. „Niemand in der Sowjetzone sollte die Flinte ins Korn werfen. Es sei denn, Freiheit und Leben seien in Gefahr.“ Die Teilung Deutschlands sei nicht besiegelt. „Wir stehen doch erst am Beginn der Lösungsver suche.“

Sicherung der Westberliner S-Bahn vor östlichen Übergriffen!

Berlin (AP/DPA). Gegen die ständigen Übergriffe sowjetzonaler Transportpolizisten auf dem S-Bahn-Gelände in Westberlin wandte sich der Kommandant des amerikanischen Sektors, Generalmajor Timberman. Er ersuchte den Berliner Vertreter der sowjetischen Oberkommission, Dengin, in einem Schreiben, die Transportpolizei eindeutig auf ihre begrenzten Funktionen in Westberlin hinzuweisen. Jedes Überschreiten dieser genau umrissenen Funktionen ziele eine Strafverfolgung durch Westberliner Gerichte nach sich.

Der amerikanische Kommandant beantwortete damit einen Brief Dengins vom 24. Februar, in dem dieser sich darüber beschwert hatte, daß mehrere sowjetzonale Transportpolizisten von der Westberliner Polizei „unrechtmäßig“ festgenommen worden seien. Die Transportpolizisten, so erklärt Timberman mit Nachdruck, dürfen sich keinerlei Polizeirechte in Westberlin anmaßen.

Die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung im amerikanischen Sektor einschließlich des Eisenbahngeländes stehe allein der Westberliner Polizei zu.

Gleiches Schicksal verbindet

WG. Man kann es dem Bundeskanzler nachempfinden, daß ihn sein Besuch in Griechenland, der zugleich seine erste Begegnung mit den Stätten des alten Hellas ist, stark beeindruckt hat. Der Anblick der Akropolis, so gestand er seinen Gastgebern, habe ihn tief bewegt; er habe erneut gespürt, in welchem Maße unsere ganze abendländische Kultur auf den Fundamenten ruhe, die das griechische Volk in seiner großen Vergangenheit geschaffen habe.

Die beiden Säulen

Das war gewiß nicht nur eine sentimentale Erinnerung an das humanistische Gymnasium. Es war auch nicht ein diplomatisches Kompliment. Das war vielmehr eine echte Ergriffenheit von dem, was das griechische Volk mit der Schöpfung und göttlichen Prägung unvergänglicher geistiger Werte für die Bildung der europäischen Kultur bedeutet, in der jene Werte heute noch lebendig fortwirken. Die antike Philosophie und das Christentum bezeichnete Adenauer als die beiden Säulen, auf denen die europäische Kultur und die Gemeinschaft der Völker beruhen, die von ihr geformt worden sind.

Das ist der große Hintergrund, vor dem sich in früheren Zeiten zwischen den beiden Völkern eine sehr ergiebige kulturelle Zusammenarbeit entwickeln konnte. Zu ihrer Wiederbelebung wird der deutsche Staatsbesuch sicher vieles beitragen. Auch aus dem bereits angekündigten Gegenbesuch des griechischen Ministerpräsidenten Papagos in Deutschland dürfen wir die Gewißheit entnehmen, daß die guten Beziehungen zwischen den beiden Völkern wieder im Geiste freundlicher Zusammenarbeit neu geknüpft werden sollen.

Vordere und hintere Linie

Wir vergessen über dem alten Hellas, dieser fruchtbarsten Zelle europäischen Geistes, nicht das neue Griechenland, das Griechenland von heute, das der Bundeskanzler einen Eckpfeiler

der Freiheit genannt hat. Das ist ein sehr zutreffender Ehrentitel für ein tapferes Volk, das auch im modernen Ansturm des sowjetischen Kommunismus das kämpferische Wagnis der Freiheit auf sich genommen und sie deshalb auch in gefährlicher Stunde bewahrt hat. Deutschland, Griechenland und die Türkei, der in wenigen Tagen der Staatsbesuch des Bundeskanzlers gilt, teilen das gleiche Schicksal, unmittelbare Anliegerstaaten des sowjetkommunistischen Machtbereiches zu sein. Gleiches Schicksal, das heißt in diesem Falle: gleiche Gefahren, gleiche Anstrengungen, gleiches Ziel, gleiche Interessen.

Das ist das, was auf der Linie Bonn—Athen—Ankara (man würde statt Bonn besser Berlin sagen, weil das in der Substanz des Vergleichs deutlicher ist) die Menschen, die Völker und ihre verantwortlichen Staatsmänner zusammenführt. Es ist die Linie des vordersten Kampfes um die nationale und moralische Selbstbehauptung gegen das Vordringen der fremden Welt aus dem Osten. Hier wird im Geiste der Freiheit noch gewagt und hier wird deshalb auch gewonnen. Berlin und Griechenland sind hierfür die besten Beispiele, die eine europäische Nachahmung verdienen. Gewonnen wurde auf dieser Linie jedenfalls die innere Freiheit vom Kommunismus. Das ist noch nicht alles, denn die äußere Gefahr dauert noch an; aber es ist bereits viel.

Ein europäischer Nutzen ist alles, was sich aus den Staatsbesuchen des Bundeskanzlers in Athen und Ankara für eine weitere Festigung und Verbesserung der deutschen Beziehungen zu Griechenland und der Türkei ergeben mag. Hier sollte niemand, wie es leider schon geschehen ist, den Verdacht wittern, daß Deutschland irgendein anderes Land „überspielen“ und aus den politischen oder wirtschaftlichen oder kulturellen Möglichkeiten Griechenlands und der Türkei verdrängen möchte. Bundeskanzler Adenauer hat soeben in Athen auf einer Pressekonferenz diesen Gedanken unterstrichen: „Wenn Deutschland um wirtschaftliche Beziehungen zu Griechenland und der Türkei bemüht ist, dann

tut es dies auch, um diesen Völkern zu helfen. Ohne eine gesicherte Wirtschaft kann nämlich kein Damm gegen den Kommunismus errichtet werden.“

Einig mit Mikojan

Das berührt übrigens das Ziel der großen europäischen Einigungsbestrebungen, die auch die Erhöhung des europäischen Lebensstandards zum Inhalt haben. Wir sind in der Wertung dieser Aufgabe sogar einmal mit dem sowjetischen stellvertretenden Ministerpräsidenten und Handelsminister Mikojan einer Meinung, der soeben in einer „Wahlrede“ erklärte, die sozialistischen und kapitalistischen Länder sollten ihr Rüstungswettrennen aufgeben und statt dessen miteinander um die Verbesserung des Lebensstandards wetteifern. Das ist sehr vernünftig, und nichts wäre für die Welt schöner, als wenn dieser Wettstreit möglichst bald beginnen könnte. Nur muß Moskau zuvor die Einsicht besitzen, daß es die Welt in die Lage bringen muß, auf ihre kostspieligen Verteidigungsanstrengungen verzichten zu können. Moskau weiß genau, was von seiner Seite her geschehen muß, damit das große Wirtschaftswunder der Welt beginnen kann — am meisten zum Nutzen der sowjetischen Bevölkerung selbst, deren Lebensstandard hinter dem der freien Welt so stark zurückbleibt.

Dann endlich würden wir auch aus den unzählbaren Energien unserer Stadt das Wirtschaftswunder Berlin erleben, wenn zuvor der Wunsch des scheidenden britischen Generals Coleman in Erfüllung gegangen ist, der nur von Moskau abhängt: „daß Berlin eines Tages wieder eine geeinte Stadt an der Spitze eines in Freiheit geeinten Deutschland sein möge“. Das ist ein Wunsch, den wir gern annehmen und für den wir danken.

Bauern verhaftet

Berlin (Eigenmeldung). Zum erstenmal ist jetzt durch geflüchtete Bauern bekanntgeworden, daß die Sowjetzonenbehörden Landwirte verhaften lassen, die aus den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften ausgetreten sind.

Bald Antwort an Semjonow

Bonn (AP). Die westlichen Oberkommissare haben auf einer inoffiziellen Sitzung die Ablehnung ihres Vorschlages zu Viermächte-Besprechungen über Interzonenvereinigungen durch den sowjetischen Oberkommissar Semjonow erörtert. Wie verlautet, wird die Möglichkeit eines neuen Vorstoßes bei den Sowjets erwogen.

Der amerikanische Oberkommissar Dr. Conant erklärte, die Westmächte würden weiterhin alles in ihren Kräften Stehende tun, um den Personen- und Warenverkehr zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetzone zu erleichtern.

105 Millionen für die Jugend

Bonn (DPA). Über den Bundesjugendplan wurden in den vergangenen vier Jahren 105 620 000 DM als Zuschüsse aus Mitteln des Bundeshaushalts für die Jugendarbeit gewährt. U. a. sind 35 210 000 DM für Jugendwohnheime, 1 850 000 DM für studentische Wohnheime, 15 500 000 DM für Grundausbildungs- und Förderungslehrgänge, 12 300 000 DM für die Jugendförderung in den Notstandsgebieten und 16 Millionen DM für die Jugendverbände ausgegeben worden.

Für die Jugendarbeit in Berlin wurden 7 420 000 und für jugendliche Flüchtlinge aus der Sowjetzone 1 500 000 DM zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus erhielten betriebseigene Lehrwerkstätten und Heime 35 Millionen DM als Kredite.

Abitur für Heimkehrer

Göttingen (DPA). Einen Sonderlehrgang für Spätheimkehrer und ehemalige politische Häftlinge aus der Sowjetzone, die ihre Reifeprüfung nachholen wollen, hat das Göttinger Institut für Erziehung und Unterricht mit Unterstützung der westdeutschen Rektorenkonferenz und des niedersächsischen Kultusministeriums eingerichtet. Eisher sind aus der Bundesrepublik über 30 Aufnahmegesuche von Spätheimkehrern aus der Sowjetunion eingegangen. Außerdem bewarben sich 25 ehemalige politische Häftlinge.

Zwei Wahlen

Während in der Sowjetunion die „Wahlen“ zum Obersten Sowjet vorschrittsmäßig durchgeführt wurden, kam es in Frankreich zu Nachwahlen im Département Seine-et-Oise. Diese beiden Vorgänge haben gewiß nichts miteinander zu tun. Doch gerade das zwingt zu einer Gegenüberstellung, denn das eine wie das andere wird als „Wahl“ bezeichnet, Wahlen in der Sowjetunion sind als Formalität einer einheitlichen Stimmenabgabe weder Stimmungsbarometer, noch Ausdruck einer Meinung. Darüber noch zu sprechen, verlohnt sich nicht mehr, wohl aber muß man sich klar darüber sein, daß nach diesem Sowjetmuster niemals gesamtdeutsche Wahlen stattfinden dürfen.

Vielleicht haben sich einige Franzosen im Département Seine-et-Oise, an freie Wahlen gewöhnt, klargemacht, was bei einer Stimmenabgabe für den Kommunismus schließlich und letztlich auf dem Spiele stehen würde. Sie haben im zweiten Wahlgang die vorherige Mehrheit des KP-Kandidaten und „Humanité“-Chefredakteurs André Stil überstimmt und die Kandidatin der Volksrepublika-

ner, Germaine Peyrolles, durchgebracht. Diese Wahl wurde im In- und Ausland als „Test“ angesehen, ob die antikommunistische Gesinnung der Franzosen den Kommunismus noch überflügeln kann. Es kam zu einer Union der nichtkommunistischen Parteien, aus der sich nur die Sozialisten ausschlossen. Wenn dieses „rassemblement national“ den Sieg davontrug, so weist das erneut auf die Notwendigkeit, auch in Frankreich die vorhandenen starken demokratischen Kräfte nicht wie bisher zu zersplittern, weil nur ihre Gemeinsamkeit die rote Gefahr bannen kann.

Daß Germaine Peyrolles gewählt wurde, obgleich sie als verschiedene Anhängerin der EVG ihren Wahlkampf mit Argumenten für die EVG geführt hat, zeigt wiederum, daß der Gedanke der Verteidigungsgemeinschaft bei der französischen Bevölkerung durchaus nicht so unpopulär ist, wie es infolge der so lautstarken EVG-Gegner manchmal scheint. Es zeigt zumindest, daß die Mehrheit des Departments (die stellvertretend für die Mehrheit des ganzen Landes gewertet wird) die kommunistische Gefahr größer einschätzt, als die „Gefahr“ einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft.

Vor großen Aufgaben

Dibelius vor der Synode der Evangelischen Kirche

Berlin (Eigenbericht). Auf der 5. Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland im Johannesstift in Spandau erklärte Bischof Dibelius in einem Rechenschaftsbericht, Grotewohl habe seine Versprechungen vom 10. Juni 1953 nach der Beendigung des Kirchenkampfes nahezu eingehalten. „Es wäre wider die Würde der Kirche, wollte sie um Einzelheiten rechten, die unerfüllt blieben. Aber vergessen können wir jene Zeit der Verfolgung nicht, weil die Kirche nicht etwas ist, was man nach Belieben mißhandeln oder streicheln kann.“

Die gegenwärtige Situation in der Sowjetzone sei dadurch gekennzeichnet, daß bereits sechs

Monate nach dem 10. Juni die alten kirchenfeindlichen Tendenzen wieder sichtbar würden; verstärkte Überwachung der Pfarrer und Gottesdienste, Schüler wurden von neuem gemäßregelt, Sammlungen werden kaum genehmigt, der Kirchentag ist ungewiß, die Finanzierung der kirchlichen Arbeit erschwert. Die Kirche rechne mit einem Gesamtverlust von 20 Millionen Mark im laufenden Jahr.

Dibelius kritisierte ferner die Rechtsunsicherheit in der Sowjetzone und sagte, daß das ganze Herz der Kirche den Gefangenen gehöre. Die Beziehungen zwischen Staat und Kirche in Westdeutschland bezeichnete er dagegen als positiv.

Belgien ratifiziert EVG

Als dritter Staat — Siebentägige Debatte

Brüssel, (AP/DPA). Als dritter der sechs EVG-Staaten hat Belgien am Freitag dem EVG-Vertrag zugestimmt. Der Senat ratifizierte mit 125 gegen 40 Stimmen bei zwei Enthaltungen den Vertrag. Da das Abgeordnetenhaus bereits zugestimmt hat, bedarf das Ratifizierungsgesetz jetzt nur noch der Unterschrift König Baudouins und der Veröffentlichung im Staatsanzeiger.

Das belgische Parlament hat ferner beschlossen, die bestehende Verfassung dergestalt abzuändern, daß Belgien internationalen Staatenföderationen wie der geplanten Europäischen Politischen Gemeinschaft beitreten kann.

Mit einem letzten Appell an die Abgeordneten, der Ratifizierung des EVG-Vertrages zuzustimmen, hatte der belgische Außenminister van Zesland die siebentägige Debatte des belgischen Senats über die EVG beendet. Er sagte, der EVG-Vertrag sei zwar nicht vollkommen, er sei aber der Gefahr vorzuziehen, die eine Ablehnung in sich birgt.

Bald auch Italien

Rom (AP). Die italienische Abgeordnetenkammer hat dem neuen Ministerpräsidenten Scelba mit 300 gegen 283 Stimmen bei einer Stimmenthaltung das Vertrauen ausgesprochen.

NKWD-Macht eingeschränkt

Washington (AD). Politische Beobachter in der amerikanischen Hauptstadt wiesen am Donnerstag darauf hin, daß für die am Sonntag in der Sowjetunion stattfindenden Wahlen zum Obersten Sowjet erheblich mehr Militärs nominiert wurden, als dies bei den letzten Wahlen im Jahre 1950 der Fall war. In diesem Jahre sind insgesamt 59 Militärs und Militärbeamte auf die Einheitsliste gesetzt worden gegenüber 33 im Jahre 1950. Dagegen hat sich die Anzahl der nominierten NKWD-Angehörigen um fast 50 Prozent auf insgesamt 17 verringert.

Politische Kreise Washingtons sehen hierin den Beweis für die

In seiner Regierungserklärung hat Scelba versprochen, die Ratifizierung des EVG-Vertrages unverzüglich und „energisch“ zu betreiben.

Demonstrationen verboten

Paris (AP/DPA). Die französische Regierung hat alle Demonstrationen für oder gegen die geplante EVG verboten. Damit hat sich der Plan der französischen EVG-Gegner zerschlagen, die mit Schweigemärschen in Paris und in anderen großen Städten gegen die EVG demonstrieren wollten.

Der außenpolitische Ausschuss der Nationalversammlung begann mit der Beratung des Generalvertrages der drei Westmächte mit der Bundesrepublik.

Athen: Völlige Übereinstimmung

Gemeinsames deutsch-griechisches Kommuniqué

Athen (AP/DPA). Bundeskanzler Adenauer und der griechische Ministerpräsident Papagos haben bei ihren Besprechungen in Athen eine völlige Übereinstimmung ihrer Ansichten über die Europapolitik erzielt. Dies geht aus einem gemeinsamen Kommuniqué hervor.

Die beiden Staatsmänner hätten, so heißt es in dem Kommuniqué, gemeinsam die Weltlage geprüft und seien übereingekommen, weiterhin auf ein freies

immer größer werdende Bedeutung der Roten Armee, andererseits, so heißt es, würden offensichtlich die mit dem Sturz Berijas eingeleiteten Bemühungen fortgesetzt, den Einfluß der Geheimpolizei immer mehr zu beschneiden.

Ungarns Berija verurteilt

Budapest (AP/DPA). Der frühere Chef des ungarischen Staatssicherheitsdienstes und der Politischen Polizei, General Gabor Peter, ist wegen angeblicher Verbrechen gegen Staat und Volk zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt worden.

Demonstration am 17. Juni in Detroit

Detroit (DPA). Am Jahrestag des Juni-Aufstandes in Ostberlin und der Sowjetzone soll in der amerikanischen Stadt Detroit eine große Demonstration zu Ehren der Teilnehmer des Aufstandes stattfinden. Sie wurde vom Gouverneur von Michigan, Williams, angeregt.

Auslandshilfe bleibt

Washington (DPA/AP). Präsident Eisenhower hat sich in seinem Halbjahresbericht über die Tätigkeit des Amtes für Auslandsvorhaben gegen eine Kürzung dieser Programme ausgesprochen und versichert, daß die USA ihre Verpflichtungen in der Welt so lange auf sich nehmen werden, wie die Bedrohung des Weltfriedens anhält.

Europa und eine freie Welt, die sich auf die Ideale der Menschlichkeit, des Friedens und der Freiheit gründen, hinzuarbeiten. In Kürze würden Verhandlungen über den Abschluß eines deutsch-griechischen Kulturabkommens beginnen.

Deutsche Diplomaten und die Begleitung des Bundeskanzlers äußern sich sehr befriedigt über das Ergebnis des Besuchs, der ein großer Erfolg für die Stärkung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern und die Anbahnung einer größeren wirtschaftlichen Zusammenarbeit war.

Gegen den Kommunismus!

Caracas (AP). Die amerikanischen Republiken haben auf der pan-amerikanischen Konferenz mit überwältigender Mehrheit eine Deklaration angenommen, nach der jede kommunistische Machtergreifung in einem amerikanischen Staat als Aggression angesehen werden soll, die alle anderen Republiken Amerikas zum Einschreiten zwingt.

Die Deklaration war von den USA eingebracht worden und wurde von 17 der 20 amerikanischen Republiken angenommen. Lediglich Guatemala stimmte dagegen. Argentinien und Mexiko enthielten sich der Stimme.

FDJ-Pfingsttreffen — feldmarschmäßig

500 000 Jugendliche eröffnen das sowjetzonale Militärprogramm

Wenn die gegenwärtig in allen Dörfern und Städten der Zone zusammengetrommelten 500 000 Jugendlichen das Pfingstfest in Ostberlin verbracht haben, werden sie wissen, was ihnen das SED-Regime die kommenden Jahre zu bieten hat. Denn während Paukow sich zur Zeit noch müht, die laufenden KVP-Rekrutierungen öffentlich als „Bestandsergänzungen“ zu demontieren, bereitet die SED für den kommenden Juni das bisher umfassendste Militärprogramm der Zonenregierung vor. Das „Deutschlandtreffen“ der FDJ bezweckt, dieses auf eine erhebliche Verstärkung der KVP-Waffengattungen ausgerichtete Militärprogramm ohne Verkündung der offiziellen Dienstpflicht zu garantieren.

Das kommende FDJ-Pfingsttreffen wird unter dem Zeichen des bis dahin durchgeführten IV. SED-Parteitag stehen und im wesentlichen dessen „gesamtdeutsches“ Programm übernehmen: Kampf gegen EVG, gegen freie Wahlen und für die Molotow-Lösung der Deutschlandfrage sowie — deshalb die entgegen der ursprünglichen Absicht erfolgte Verlegung von Leipzig nach Ostberlin — Kampf um die kommunistische Einheit Gesamtberlins.

Der militärische Charakter des Treffens wird dadurch unterstrichen, daß etwa 25 Prozent der Angehörigen des Vorbereitungskomitees Offiziere und Mannschaften der Kasernierten Volkspolizei sind.

Wehrertüchtigung wird Pflicht

Die Beschlüsse, die von einer gleichzeitig mit dem Pfingsttreffen stattfindenden FDJ-Tagung gefaßt werden sollen — jedoch bereits jetzt festgelegt sind — unterstreichen den Zweck der Veranstaltung:

Verschiedene Delegierte werden die Forderung erheben, daß die Mitgliedschaft in der „Gesellschaft für Sport und Technik (GST)“ Pflicht eines jeden Mitglieds wird und daß die SED die GST nunmehr auch offiziell zur vormilitärischen Organisation erklärt. Dieser „Vorschlag“ wird einstimmig angenommen und dahin ergänzt werden, daß jeder FDJler künftig vom 15. bis zum 17. Lebensjahr an militärischen Übungen der GST teilnehmen muß.

Gleichzeitig wird durch Verbandsbeschuß festgelegt, daß jedes FDJ-Mitglied, das an einer GST-Ausbildung teilgenommen hat, von seiner GST- und FDJ-

Grundeinheit gemeinsam zur Kasernierten Volkspolizei „delegiert“ werden muß. Eine Ablehnung dieser „Delegierung“ soll als „feindliche Auffassung“ angesehen und mit dem Ausschluß aus der FDJ bestraft werden.

Somit wird auf dem kommenden „Deutschlandtreffen“ die Voraussetzung dafür geschaffen, daß jeder Jugendliche zwischen dem 17. und 18. Lebensjahr — je nach dem Grad seiner beruflichen und vormilitärischen Ausbildung — ohne die sonst notwendige Verkündung einer Wehrpflicht zur KVP eingezogen werden kann.

KVP-Einheiten werden Patenschaften über GST-Gruppen übernehmen, so daß die GST-Ausbildung künftig vollen militärischen Wert hat. Um diese Maßnahmen zu begründen, hat man Ursache und Wirkung auf den Kopf gestellt und behauptet, alles geschehe wegen „Bedrohung des Friedens durch die EVG“.

Keine Basis für Massenarbeit

Voraussetzung für diese Entscheidung ist die restlose Erfassung aller Jugendlichen durch die kommunistische FDJ. Die verantwortlichen SED-Funktionäre wissen sehr genau, daß das keinesfalls die Begeisterung für die FDJ-Arbeit erhöhen wird. Ohne zu übertreiben, kann man behaupten, daß gegenwärtig 70 Prozent der FDJler nur deshalb Mitglied sind, weil sie sich ihre Berufs- und Lernmöglichkeiten erhalten wollen. Fällt dieser Anreiz durch die sicher bevorstehende Einziehung zur Kasernierten Volkspolizei fort, verliert die FDJ automatisch einen wesentlichen Teil ihrer bisher wenigstens nominellen Mitglieder.

Eine weitere Gefährdung des SED-Programms besteht in der Tatsache, daß die FDJler durch die letzten politischen Ereignisse hellhörig geworden sind und begriffen haben, daß man sie jetzt als Schachfiguren auf das Brett der kommunistischen Deutschlandpolitik schieben will.

Deshalb wurde die Diskussion um freie Wahlen am hartnäckigsten in der FDJ geführt und bildet noch heute den Kern des Widerstandes; bei Versuchs-„Volksabstimmungen“ unter dem Motto „Friedensvertrag oder EVG“ entschieden sich zahlreiche Jugendliche demonstrativ für die EVG; die Mehrzahl der in den letzten Monaten aus politischen Gründen Verhafteten waren Jugendliche oder ehemalige Mitglieder der FDJ. Darüber hinaus mußte auf der letzten Zentralratssitzung festgestellt werden, daß die FDJ an Aktivität verloren hat und die Mitgliederzahlen nicht stimmen und die Neuerungsbewegung fast zum Stillstand gekommen ist. Kurz: die FDJ ist für die SED nicht mehr das Instrument, mit dem man bedenkenlos jede Maßnahme durchführen kann.

Im „Untergrund“ schwach

Eine weitere Sorge der SED, die auf dem diesjährigen Pfingsttreffen etwas gebessert werden soll, ist der Mißerfolg der illegalen FDJ-Arbeit in der Bundesrepublik. Während man hoffte, die Frage der Kriegsdienstverweigerung werde der SED Erfolge sichern, hat man nach mehrmonatiger Erfahrung eingesehen, daß die westdeutsche Jugend die Alternative EVG—KVP im gegebenen Fall nicht zugunsten der kommunistischen FDJ beantworten wird. So bietet das Pfingsttreffen eine weitere Schaustellung: Einige Dutzend FDJler, die aus der illegalen Arbeit in Westdeutschland herausgezogen werden, sollen als „westdeutsche Jugendliche, die wegen drohender Rekrutierung um Asyl in der DDR bitten“, herausgestellt werden. Die SED will darauf eine größere Kampagne stützen, deren Wirkungsmöglichkeit sie aber selbst gering einschätzt.

Klassenfeindliche Elemente?

Arbeiter, Handwerker, Bauern - 500 Juni-Verurteilte

Berlin (DPA). Bis Mitte März sind beim Untersuchungsausschuß freihändlicher Juristen 500 Personen registriert worden, die in der Sowjetzone wegen ihrer Teilnahme am Volksaufstand des 17. Juni verurteilt wurden. Sechs davon erhielten die Todesstrafe, vier lebenslänglich Zuchthaus und die übrigen Freiheitsstrafen in einer Gesamthöhe von 1710 Jahren.

71 Prozent der Verurteilten sind Arbeiter, Handwerker und Bauern. Daraus geht die Unwahrheit der kommunistischen Behauptung hervor, es handle sich um „klassenfeindliche Elemente und Agenten“.

Die Zusammenstellung wird vom Untersuchungsausschuß als unvollständig bezeichnet, da viele Prozesse geheim geführt wurden.

Nachts zu unsicher

Berlin (Eigenmeldung). Nach einer Anweisung des sowjetzonalen Eisenbahministeriums dürfen die sogenannten Exportzüge zwischen Frankfurt a. d. O. und Brest künftig nur noch tagsüber fahren. Bei Eintritt der Dunkelheit sollen besonders die mit wertvollen Produkten für die Sowjetunion beladenen Züge, die früheren Reparations-

züge, eine Station aufsuchen und dort während der Nacht unter starker Bewachung warten.

Diese Maßnahme wurde erforderlich, weil im Januar und Februar d. J. in über 15 Fällen im polnischen Gebiet Angriffe auf die Züge unternommen worden waren.

Lebhafte Hörer-Reaktion

Berlin (Eigenmeldung). Der in 20 D-Zügen in der Zone eingerichtete Zugfunk ist so unbeliebt, daß verzweifelte Fahrgäste ständig die Lautsprecher in den Abteilen beschädigen, um endlich Ruhe zu haben. Da gleichzeitig zahlreiche Beschwerden Reisender über die „Krachinstrumente“ vorliegen, soll der Zugfunk nun modernisiert werden. In dem neuen Schnelltriebwagenzug auf der Strecke Berlin-Prag, einem ungarischen Erzeugnis, sind schon versuchsweise Lautsprecher eingebaut worden, die die Reisenden mit besonderen Schaltern selbst regulieren können.

Mit Partiebefehl nach Osten

Berlin (Eigenmeldung). Wie erst jetzt bekannt wird, hat ein

Der Vopo sah hinterher ...

Tettenborn (DPA). Ein Melderlehrling aus der Sowjetzone, der bei Tettenborn über die Zonengrenze flüchtete, entriß einem Volkspolizisten, der ihn zurückhalten wollte, das Gewehr und lieferte die Waffe bei der westdeutschen Polizei ab. Der Volkspolizist, so berichtete der Flüchtling, sei ganz verduzt gewesen und habe ihm fassungslos nachgesehen.

neuer Transport von 32 deutschen Bergbauspezialisten und Chemikern Ende Februar die Sowjetzone verlassen, um für zwei Jahre in der Sowjetunion zu arbeiten. Es handelt sich zum größten Teil um SED-Mitglieder, die auf ausdrücklichen „Partiebefehl“ ihre Arbeitsverträge unterschrieben.

Ladenhüter für Reißwolf

Berlin (Eigenmeldung). Sämtliche Stoffe, die bis 1951 produziert worden waren und weder von der HO noch vom Einzelhandel verkauft werden konnten, sind jetzt vom Ministerium für Leichtindustrie und Textilien zur Wiederverarbeitung freigegeben worden. Die HO hatte derartige von der Kundschaft wegen der schlechten Qualität nicht verlangte Stoffe im Werte von über 2 Millionen Mark auf Lager.

Das Ostbüro der CDU teilt mit:

Wir empfehlen, gegenüber nachstehend genannten Personen insbesondere in Gesprächen Vorsicht walten zu lassen, da die Genannten verdächtig erscheinen, mittelbar oder unmittelbar Kontakt mit den sogenannten staatlichen Sicherheitsorganen zu haben, für diese Zuträgerdienste zu leisten oder für diese zu arbeiten.

1. D a h l k e, Günther, etwa 35 Jahre alt, wohnhaft in Bitterfeld, Glückaufstr., Mitgl. d. SED, SED-Instrukteur, zuletzt tätig gewesen bei Bau-Union. Ist verdächtig, Zuträgerdienste für den SSD zu leisten.

2. L u g g e, Werner, etwa 30 Jahre alt, wohnhaft in Schönfeld, Kr. Prenzlau, Mitgl. der SED, Funktionär der SED und Kulturleiter der MAS Züsedom und Schenkenberg gewesen.

3. M a r t h i e n s e n, etwa 65 Jahre alt, wohnhaft in Wismar, Lübschestraße. War früher Kartoffelhändler, ist jetzt ohne

Beschäftigung u. ist wahrscheinlich Mitgl. d. SED. Ist verdächtig der Zuträgerdienste f. d. SSD.

4. M a r t i n, Eddo, wohnhaft in Berlin-Ost, tätig bei Metallhütten u. Halbzeugwerke Berlin-Niederschöneweide. Ist der Denunziation Andersdenkender hinreichend verdächtig.

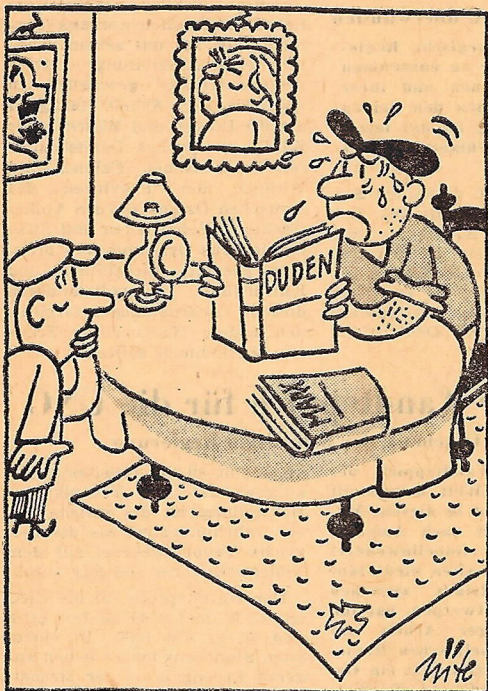
5. M a B, etwa 40 Jahre alt, wohnhaft in Potsdam, Mitgl. d. SED, tätig als Angestellter beim Rat der Stadt u. Leiter der Abt. Berufsausbildung. War während der Westberliner Hilfsaktion „Lebensmittel für die Zone“ offensichtlich freiwilliger und

eifriger Helfer der sogenannten staatlichen Kontrollorgane bei den Kontrollen der aus Richtung Westberlin ankommenden Reisenden auf dem Hauptbahnhof Potsdam.

6. M a u b a c h, Heinrich, etwa 55 Jahre alt, wohnhaft in Burg (Sa.-Anhalt), Mitgl. der KPD/SED, von Beruf Dreher, 1945 kurze Zeit Bürgermeister im Kreis Burg, danach Kreisprüfer und später Angestellter beim Landratsamt gewesen, wurde 1950 aus nichtpolitischen Gründen verhaftet und später zu 3½ Monaten Gefängnis verurteilt. Ist verdächtig, früher unter dem Decknamen „Pauli“ für die sogenannten staatlichen Sicherheitsorgane gearbeitet zu haben.

Neue Lehrer-Bildung

Nur flüstern . . .



„Ick muß mir bilden, Jenosse, ick soll nämlich, nach de neue Rejierungsvaordnung, die Lehrer in de Marxistische - Leninistische Idiologie ausbilden!“

Vernünftiger Einwand

Der SED-Neulehrer ist überaus eifrig. Er möchte damit glänzen, daß seine ganze Klasse in FDJ-Uniform herumläuft. Also sagt er eines Tages auch zu Fritschen: „Bestelle deinem Vater einen fortschrittlichen Gruß von mir — er soll dir sofort ein Blauhemd kaufen.“

Am nächsten Tag kommt Fritschen wieder ohne Blauhemd. Wütend schießt der Neulehrer auf ihn los: „Nun, was hat dein Vater gesagt?“

Lächelt Fritschen: „Er hat gesagt, ich soll Sie mal fragen, ob Sie sich 1945 noch ein Braunhemd gekauft hätten!“

Konstruktionsfehler

Die sowjetischen Wissenschaftler haben nun eine ganz große Erfindung gemacht. Es ist ihnen gelungen, Tiere und Maschinen zu kreuzen. Weil nämlich die Traktoren doch etwas langsam waren, kreuzten sie einen der größten Traktoren mit einem Windhund — und nun jagt er wie der Blitz über die Felder.

Stolz berichtet ein sowjetischer Wissenschaftler einem ausländischen Gast von dieser bahnbrechenden Neuigkeit. Der ist beeindruckt: „Funktioniert Ihr Windhund-Traktor wirklich einwandfrei?“

Meint der Sowjet-Wissenschaftler etwas betreten: „Noch nicht ganz. Er hat einen kleinen Konstruktionsfehler. Es geht nur, wenn keine Bäume in der Nähe sind!“

Das wundert den ausländischen Gast sehr: „Aber warum denn — ausgerechnet Bäume?“

„Nun ja — kaum kommt ein Baum, bleibt der Windhund-Traktor stehen und hebt das rechte Hinterrad — und dann ist immer das ganze Benzin hin!“

Europa als Hölle geschildert

655 000 Exemplare eines neuen Erdkundebuches sind im vergangenen Jahr an Kinder des sechsten Schuljahres in der Sowjetzone ausgegeben worden. Es umfaßt die „kapitalistischen Länder“ in Europa und ist der zweite Teil eines Gesamtwerkes. Im ersten Teil werden die volksdemokratischen Länder als Paradiese dargestellt. Der zweite Teil aber schildert Mittel- und Westeuropa als Hölle.

Den Norwegern wird zum Beispiel vorgeworfen, daß sie im Jahre 1949 dem Nordatlantikpakt beigetreten sind. Dazu heißt es wörtlich: „An der langgestreckten norwegischen Küste mit ihren vielen geschützten Buchten sollen die Kriegsschiffe der Atlantikpaktstaaten ankern.“

Von Dänemark verlangen dem Erdkundebuch nach „die amerikanischen Imperialisten, daß der Handel mit Polen, der für beide Länder Vorteile bringt, eingestellt wird. Die Folgen waren Arbeitslosigkeit und Not. Die dänischen Arbeiter aber wollen nicht hungern und frieren. Sie fordern freien Handel mit allen Völkern und Austritt ihres Landes aus dem Nordatlantikpakt.“

Was lernt der dreizehnjährige Junge in Leipzig oder Dresden über Großbritannien? „Die Industriebetriebe sind in England Eigentum von Kapitalisten, die sich durch die Ausbeutung der Arbeiter bereichern. Die Arbeiter wohnen

meist dicht zusammengedrängt in häßlichen Miethäusern.“

Frankreich kommt etwas besser weg. Geradezu grotesk ist aber die Schilderung von Paris mit der Entstehung der großen Boulevards: „Die engen Straßen der Altstadt wurden im 19. Jahrhundert durch breitere ersetzt. Die damals herrschende Schicht hoffte, in diesen Straßen besser Truppen gegen die Arbeiter einsetzen zu können.“

Außerordentlich interessant ist die Schilderung Österreichs. Hier findet sich nämlich kein Wort darüber, daß die Erbländquellen von Zistersdorf von der Sowjetunion ausgebeutet werden.

Deutsche Kriegsgräber in Norwegen

Würdige Ruhestätten — Letzte Schwierigkeiten überwunden

Vor kurzem haben die deutsche und die norwegische Regierung eine knappe Mitteilung herausgegeben, der zu entnehmen war, daß in der Frage der deutschen Gefallenen und ihrer Gräber in Norwegen ein Übereinkommen zwischen den beiden Ländern erzielt worden ist. Mit dieser Regelung ist der letzte kritische Punkt zwischen Norwegen und Deutschland seit der Kriegszeit beseitigt worden.

Schon seit 1945 laufen die Verhandlungen über das schwierige Problem der deutschen Kriegsgräber in Norwegen. Ungefähr 12 000 deutsche Soldaten sind zur letzten Ruhe in norwegischer Erde bestattet worden. In Narvik und Oslo waren große Friedhöfe entstanden, die in Oslo ungefähr 3000 deutsche Gefallene und in Narvik ungefähr 1500 aufgenommen hatten.

Der deutsche Ehrenfriedhof in Oslo, in Ekeberg gelegen, war Gegenstand langer Verhandlungen. Ekeberg ist für die Osloer ein beliebtes Ausflugsziel in landschaftlich schöner Umgebung, in der Nähe sind große Sportfelder.

Das neue Abkommen sieht vor, daß die Gräber mit den deutschen Kriegsgefallenen an sechs bis acht Orten im ganzen Lande konzentriert werden. Die norwegische Regierung bewilligte drei Millionen Kronen für die Durchführung der Umbettung. Die rund 3000 Gefallenen von Ekeberg sind schon nach Alfaret in Oslo umgebettet worden. Über neunzig Prozent der Toten konnten noch identifiziert werden. Rund 2900 waren deutsche Soldaten, der Rest Österreicher, Jugoslawen und Norweger, die auf deutscher Seite gekämpft hatten.

In Süd- und Mittelnorwegen will man Einzelgräber mit einem Kreuz für jeden Toten anlegen. Das ist in Nordnorwegen wahrscheinlich unmöglich. Nach den jetzigen Plänen wird man dort auf den Friedhöfen Gedenkkapellen bauen oder Denkmäler errichten und die

Namen der toten deutschen Soldaten auf Tafeln festhalten. Das Ziel der ganzen Arbeit ist, würdige Ruhestätten zu bereiten und mit größter Sicherheit die Lage des Grabes zu ermitteln und festzuhalten, um spätere Überführungen nach Deutschland zu ermöglichen.

Größter Wandteppich für die UNO

Ein Geschenk der belgischen Regierung

Der größte Wandteppich, der jemals in der Welt hergestellt worden ist, wird in diesem Monat seine Fahrt nach Amerika antreten. Eine Gobelinweberei in Mecheln, der alten niederländischen Hauptstadt zwischen Brüssel und Antwerpen, hat ihn in zehnmonatiger Arbeit auf Rechnung der belgischen Regierung angefertigt. Er ist ein Geschenk des Landes an die Vereinten Nationen, deren großen Sitzungssaal im UNO-Hauptquartier New York er künftig schmücken soll.

In einem Wettbewerb für den Entwurf des Teppichs, der in seinen Motiven Frieden, Gerechtigkeit und Stärke symbolisiert, erhielt der Antwerpener Kunstmaler P. Colfs den ersten Preis. Mit der Herstellung des Gobelins wurden die königlichen Ateliers für Kunstteppiche in Mecheln beauftragt. Der Preis des wertvollen Geschenks beträgt etwa 90 000 Mark. Nicht weniger als 150 Millionen Wollfäden wurden benötigt und außerdem 400 verschiedene, in ihrer Leuchtkraft faszinierende Farben. 15 Teppichweber haben

Unvergessene Heimat

Der aus Schlesien vertriebene Lehrer Egon Melchior aus Berlin-Rudow hat mit seinen Schülern eine Ausstellung „Unvergessene Heimat“ geschaffen. In wochenlanger Arbeit fertigten die 900 Jungen und Mädchen der Schule ein großes Landschaftsrelief an. Neben Fahnen und Wappen der Provinzen des deutschen Ostens werden Volkstrachten, Webarbeiten und Stickerien aus Ost- und Westpreußen gezeigt. Lichtbilder und Kulturfilme vervollständigen diesen Anschauungsunterricht, den andere Westberliner Schulen übernehmen sollten.

insgesamt 40 000 Arbeitsstunden aufgewendet. Die Technik der Herstellung ist die gleiche wie vor Jahrhunderten, als die belgische Teppichweberei auf dem Höhepunkt ihrer Geltung stand.

Der Wandteppich für die UNO ist 13,20 mal 8,65 Meter groß und wiegt 350 Kilo. In einem alten Stadthaus hat er neben anderen Erzeugnissen der Mechelner Teppichmanufaktur einen würdigen Ausstellungsraum gefunden, bis er seine Reise über den Ozean antritt.

SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Filme im Amerika-Haus

Ständige kostenlose Filmvorführungen mit den neuesten Wochenschauen werden für Besucher aus dem Ostsektor Berlins und der Ostzone im Amerikahaus am Nollendorfplatz gezeigt. Täglich ab 13 Uhr in stünd-

licher Folge. Letzte Vorführung um 17 Uhr. Sonnabends Beginn um 14 Uhr; sonntags Beginn um 15 Uhr.

Jugendfilmstunde für Kinder aus dem Ostsektor und der Ostzone jeden Sonntag um 14 Uhr.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Charlottenlag 9, Reichsstr. 4, Tel. 92 02 31. Druck: W. Buxenstein, GmbH.